

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail

Norbert Korte
563 25 41
563 81 37
Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
11.11.2013

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/0663/13) am
07.11.2013**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Frau Sylvia Schmid, Herr Ralf Geisendörfer

von der SPD-Fraktion

Frau Renate Warnecke, Frau Helga Güster, Frau Christa Stuhlreiter

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

von der FDP-Fraktion

Frau Karin van der Most

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Dirk Krüger

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Bernd Kleinschmidt (WfW-Fraktion)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Frank Gottsmann (Arbeiterwohlfahrt), Herr Ullrich Liebner (Diakonie Wuppertal), Herr Dr. Christoph Humburg (Caritasverband Wuppertal/Solingen), Herr Joachim Marasus, Herr Axel Neudorf, Herr Günter Schmalenbeck (alle Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Barbara Hüppe (*DER PARITÄTISCHE*), Frau Felizitas Marx (Kath. Kirche), Herr Pfr. Thomas Kroemer (Evang. Kirche), Herr Bernd Schäckermann (Trägerkonferenz offene Jugendarbeit), Herr KHK Ralf Weidner (Polizei), Herr Dr. Stefan Kühn (Geschäftsbereich Soziales, Jugend u. Integration), Herr Dieter Verst (Ressort Kinder, Jugend u. Familie – Jugendamt)

Vertreterin des Wuppertaler Jugendrates

Hannah Kulas

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 – Tageseinrichtungen für Kinder), Frau Britta Jobst (Res. 208.2 – FB Jugend & Freizeit), Frau Sigrid Möllmer (Res. 208.21 – Kinder- u. Jugendbüro)

Schriftführer: Herr Norbert Korte

Beginn: 17:30 Uhr Ende: 18:48 Uhr

Der **Vorsitzende** gibt Frau **Mascha Hausmanns** vor Eintritt in die Tagesordnung Gelegenheit, sich als neue Geschäftsführerin des Jugendrings vorzustellen.

I. Öffentlicher Teil

1 Anliegen des Jugendrates

Jugendrätin **Hannah Kulas** berichtet über die Aktivitäten des Jugendrates.

2 Haushaltsplan 2014/2015

Vorlage: VO/0721/13

Keine Wortmeldung!

Über diese Drucksache wurde nach Abschluss der Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 2.1 - 2.3 abgestimmt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013:

Der Haushaltsplan 2014/2015 wird unter Berücksichtigung von Beschlüssen zu Veränderungsnachweisungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-, 3 Nein-Stimmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frakt. Die Linke, FDP-Fraktion)

2.1 Antrag zum Haushaltsplan 2014/2015, VO/0721/13 Vorlage: VO/1037/13 Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 23.10.2013

Frau van der Most und **Herr Ramette** kritisieren den Punkt 1 des gemeinsamen Antrags von CDU- und SPD-Fraktion zum Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige.

Herr Dr. Kühn beantwortet eine Frage von **Herrn Ramette** zur Bedarfssituation. Zum Stichtag 1. Nov. komme Wuppertal bei den U-3-Jährigen auf eine Versorgungsquote von 27 %, die 2014/15 auf ca. 30 bis 31 % ansteigen werde. Der tatsächliche Bedarf liege aber bei 40 %, mittelfristig sogar bei fast 50 %.

Frau Warnecke weist auf die schwierige finanzielle Situation der Stadt hin, die nach ihrer Auffassung nicht mehr als eine deutliche Absichtserklärung zulässt.

Herr Dr. Kühn kündigt hinsichtlich der Zuschüsse an, dass alle freien Träger nach einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt mit der gleichen prozentualen Erhöhung rechnen können. Eine Ausnahme bildeten nur die im Rahmen des Vertrages zur Neuordnung der Sozialen Dienste geleisteten Zahlungen, die bereits in der Vergangenheit der Personalkostenentwicklung angepasst worden seien.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013:

Die Punkte 1 + 4 des Antrags werden gemäß Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1

13 Ja-, 1 Nein-Stimme (FDP-Fraktion), 1 Enthaltung (Bündnis 90 / Die Grünen)

Abstimmungsergebnis zu Punkt 4

Einstimmigkeit bei 2 Enthaltungen (Frakt. Bündnis 90 / Die Grünen + FDP-Fraktion)

2.2 **Bürgerbeteiligung bei der Beratung des Haus-** **Vorlage: VO/1041/13**
planes 2014/2015

Rang 25 Soziales: Einsparungen durch Transparenz und Koproduktion

Herr Dr. Kühn erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

Rang 34 Schulsozialarbeit auf Bundeskosten fortführen

Herr Dr. Kühn weist in diesem Zusammenhang auf den Punkt 3 der Tagesordnung hin.

Rang 40 Kindergartengebühren abschaffen

Der Ausschuss schließt sich der Auffassung der Verwaltung an.

Rang 45 Kinderbetreuung während der Ferien

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013:

Der Rat beschließt entsprechend den Empfehlungen des Finanzausschusses.

Einstimmigkeit

2.3 **Begleitunterlagen zum Entwurf des Haushalts-** **Vorlage: VO/0862/13**
plans 2014/2015

Herr Dr. Kühn beantwortet Fragen von **Herrn Dr. Krüger** zum Budget des Ressorts 208 und des Stadtbetriebs 202.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013:

Die Begleitunterlagen zum Entwurf des Haushaltsplans 2014/2015 werden ohne Beschluss entgegen genommen.

3 **Fortführung der Schulsozialarbeit**

3.1 **Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege**
zur Fortführung der Schulsozialarbeit bis zum 30.06.2014

3.2 **Befristete Fortführung der Schulsozialarbeit** **Vorlage: VO/1071/13**
- Antrag der FDP-Fraktion -

Herr Gottsmann und **Frau van der Most** erläutern den Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AgFW) und der FDP-Fraktion.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Frau Warnecke, Frau van der Most, Herr Dr. Krüger, Herr Gottsmann, Herr Ramette, Herr Dr. Humburg, Frau Hüppe, Herr Schmalenbeck und Herr Dr. Kühn.

Frau Warnecke spricht sich wegen der damit für die Stadt verbundenen finanziellen Risiken gegen eine Ausfallbürgschaft aus. Sie schlägt vor, eine Entscheidung bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu vertagen, um den Fortgang der Koalitionsverhandlungen abzuwarten.

Herr Gottsmann ist bereit, bis zur nächsten Sitzung einen neuen Antrag zu formulieren, der die aktuelle Entwicklung berücksichtigt.

Frau van der Most fordert, heute zu entscheiden, um den in der Schulsozialarbeit tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Planungssicherheit zu geben.

Herr Dr. Krüger verweist auf den Antrag seiner Fraktion zur Sitzung des Rates am 18.11.2013.

Herr Dr. Kühn betont, dass eine Ausfallbürgschaft nicht aus dem Budget seines Geschäftsbereiches finanziert werden könnte, falls die erhofften neuen Bundes- bzw. Landesmittel tatsächlich ausbleiben sollten.

Er beantwortet auch eine Frage von **Herrn Dr. Krüger**. Die 2012 nicht verausgabten BuT-Mittel in Höhe von ca. 3 Mio. seien für Mehraufwendungen bei den Hilfen zur Erziehung verwendet worden. Falls es bei der Forderung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bleibe, müssten die nicht für BuT-Aufgaben verausgabten Mittel auch zurückgezahlt werden. Die in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Mittel würden in voller Höhe ausgegeben.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Dr. Kühn auf die Antwortvorlage der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion *DIE LINKE* (Drs.-Nr. VO/1017/13-1A) im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, die vor der Sitzung im Jugendhilfeausschuss ausgelegt wurde.

Herr Gottsmann formuliert einen neuen Beschlussvorschlag, in dem sich die Stadt bereit erklärt, die Kosten für die Weiterführung der Schulsozialarbeit über den 31.12.2013 hinaus vorzufinanzieren, falls in der noch vor Weihnachten zu erwartenden Koalitionsvereinbarung ein deutliches Bekenntnis zur Schulsozialarbeit abgegeben wird.

Der Vorsitzende lässt zuerst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013:

Abstimmungsergebnis: 1 Ja- (FDP-Fraktion), 11-Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen (AgFW)

Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013 zum Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege:

Die Stadt erklärt sich bereit, die Kosten für die Weiterführung der Schulsozialarbeit nach dem BuT über den 31.12.2013 hinaus vorzufinanzieren, falls in der noch vor Weihnachten zu erwartenden Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene ein deutliches Bekenntnis zur Schulsozialarbeit abgegeben wird.

Einstimmigkeit

**4 Mehr KiTa-Plätze in Langerfeld Vorlage: VO/0864/13
- Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN -**

**4.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion BÜND- Vorlage: VO/0864/13 - A
NIS 90 / DIE GRÜNEN "Mehr KiTa-Plätze in Langerfeld"**

Herr Dr. Kühn kündigt auf Nachfrage von **Herrn Schmalenbeck** zur Februar-sitzung des Jugendhilfeausschusses im kommenden Jahr eine Vorlage der Ver-waltung an, in der auch ein Vorschlag zur Nutzung des Grundstücks der ehema-ligen Jugendeinrichtung Leibusch für die Kita-Betreuung unterbreitet wird.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013:

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**5 Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft 1 „Kinderbe- Vorlage: VO/1039/13
treuungsarbeit“ nach § 78 Aches Buch Sozialgesetz-
buch (SGB VIII) zur Einzelintegration in Regeleinrichtungen**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013:

Die Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft 1 „Kinderbetreuungsarbeit“ nach § 78 Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) werden Kenntnis genommen.

**6 Führungszeugnisse für ehrenamtlich und neben- Vorlage: VO/0849/13
beruflich Tätige - Vereinbarung nach § 72 a SGB VIII**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.11.2013:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

Einstimmigkeit

7 Wünsche und Anregungen

Auf Nachfrage von **Frau van der Most** erklärt **Herr Dr. Kühn**, dass sich die für den 1. Aug. 2016 geplante Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes Rödigerstr. als Kindertageseinrichtung wegen der verlängerten Belegung durch das Berufs-kolleg Barmen m einige Monate bis Anfang 2017 verzögern wird.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer